



Eine verregnete 1.-Mai-Feier in Zug. Unter dem Regenschirm sind zu erkennen die Referentin Lilian Uchtenhagen (links), Gewerkschaftskartellpräsident Hans Rüegg und Tagespräsident Hansruedi Küng (rechts). (Bild Tino)

Nationalrätin Lilian Uchtenhagen sprach zum 1. Mai in Zug

## «Nur eine linke Partei»

**AS. «Arbeit an alle — 40-Stunden-Woche»:** Unter diesem Motto stand die 1.-Mai-Feier auf dem Landsgemeindeplatz in Zug von gestern Sonntag. Damit wurde gleichzeitig die Kampagne für die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund im Herbst in Aussicht gestellte Initiative eröffnet. Prominente Rednerin in Zug: Die SP-Nationalrätin Dr. Lilian Uchtenhagen, Zürich, die in ihrem Referat die Frage aufwarf, ob die Wirtschaft eigentlich für den Menschen da sei oder der Mensch für die Wirtschaft.

Zum Massnahmenpaket des Bundesrates zur Stärkung der Wirtschaft bemängelte die Referentin, es sei zu einseitig auf zusätzliche Militärausgaben ausgerichtet, und man vermisste sinnvolle Schwerpunkte. Die Forderung ziele nach einem weiteren Arbeitsbeschaffungsprogramm in Bereichen Energie-sparen, Alternativenergie, Umweltschutz, öffentlicher Verkehr, sowie Wohnwirtschaft. Es müssten in den am meisten bedrohten Regionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Im weiteren nannte sie die Forderung nach einer breiteren beruflichen Ausbildung und Weiterbildung. Arbeit für alle sei eine vordringliche Aufgabe, aber die Losung könne nicht heissen «Wachstum und Vollbeschäftigung um jeden Preis». Wachstum stosse an Grenzen, die Energie- und Rohstoffquellen seien begrenzt, die Umwelt zerstörbar. Vorhandene Arbeit müsse auf mehr Hände und mehr Köpfe verteilt werden. Die Forderung Recht auf Arbeit für alle sei eng verknüpft mit der Forderung nach der 40-Stunden-Woche. Das Recht auf Arbeit sei nicht an Grenzen gebunden, sondern ein Menschenrecht. Lilian Uchtenhagen rief zur Solidarität mit den Polen, aber

auch mit den Unterdrückten in der Türkei und in Militärdiktaturen Lateinamerikas und der 3. Welt auf. Auch in der Schweiz müsse das Recht des Andersdenkenden, das auf freie Meinungsäusserung verteidigt werden. Dieser Kampf werde von den Gewerkschaftern und Sozialdemokraten getragen. Wichtig sei Mitbestimmung und Demokratisierung in der Wirtschaft.

Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage habe sich auch das geistige und politische Klima verschlechtert und hätten reaktionäre Kräfte wieder an Boden gewonnen. Sie kam im weiteren auf die wachsende Gleichgültigkeit der (auch SP) Wähler. Immer mehr verlagerten sich die politischen Aktivitäten zu bürgernahen Spontangruppierungen.

### Warnung vor Zersplitterung

Die Referentin erinnerte daran, dass die Sozialdemokraten die stärkste Linkspartei sei und warnte vor Absplitterung, die die nötige gemeinsame linke Politik schwäche. «Diese Reformen sind im einzelnen oft nicht sehr spektakulär, wie Kritiker zur Linken sagen, und in der Tat auch oft systemerhaltend; wir haben aber keine Wahl zwischen Reformismus und Revolution. Wir haben nur die Wahl zwischen Reformismus und Reaktion.

Die 1.-Mai-Feier vom Sonntag wurde von kräftigen gewittrigen Regengüssen begleitet. Entsprechend mager war der Aufmarsch. Verschiedene Gruppenvertreter wandten sich in ihrer Landessprache an die Türken, Italiener, Spanier, Jugoslawen, in Zug.

Die ausländischen Gastarbeiter, VPOD und SMUV-Frauengruppe sorgten für die Umrahmung der 1.-Mai-Feier.